

Neue alternative Unternehmen und Finanzierungsformen – Wegbereiter von Vermarktlichung oder Emanzipation?

Beitrag Momentum 2014

Dr. Silke Ötsch

*Institut für Soziologie, Universität Innsbruck
silke.oetsch@uibk.ac.at*

Track #9: Emanzipation durch Innovation?

Vorfassung - Stand: 27.08.2014

Abstract

Der Beitrag beschäftigt sich mit Formen alternativen Wirtschaftens und versucht, Kriterien und Typologien für “progressive” und “konformistische” Projekte zu identifizieren. Ziel ist die Erstellung von Kriterien für zivilgesellschaftliche Projekte, um die Umsetzung intendierter Ziele zu erleichtern und eine Vereinnahmung für andere Zwecke zu verhindern. Dabei geht es insbesondere um jüngere Initiativen, die vor einem weniger politischen Hintergrund entstehen als Projekte der 70er Jahre. Aufbauend auf Karl Polanyis Arbeiten und jüngere Werke zum Thema ökologisch-soziale Transformation, leite ich zunächst die Kriterien der Profit- und Bedarfsorientierung, der ökologischen Gerechtigkeit, demokratischen Partizipation und gesellschaftlichen Wandels ab. Auf dieser Grundlage vergleiche ich Formen von Projekten alternativen Wirtschaftens aus der Fachliteratur und zeitgenössische, in der Tagespresse als alternativ bezeichnete Projekte und nehme eine erste Bewertung nach den entwickelten Kriterien vor.

Ich schließe, dass die Bewahrung einer alternativen Wirtschaftsform von einer Vielzahl von Faktoren abhängt und Institutionen Lernprozesse durchmachen, die eine Erneuerung bedarfsorientierter Wirtschaftsformen ermöglichen. Als Gegenpol zur Planwirtschaft werden Märkte in der Öffentlichkeit unhinterfragt als positiv wahrgenommen, so dass die Gefahr besteht, dass progressive Errungenschaften in neuartigen Formen alternativer Wirtschaft verloren gehen. AkteurInnen sollten genaues Augenmerk auf die Gestaltung und Entwicklung von Projekten legen, damit die Intention nicht verkehrt wird. Des weiteren ist eine Doppelstrategie notwendig, die auf einen Wandel sowohl der Mikro- als auch der Makroebene ansetzt.

Konkret sah ich mich veranlasst, die Debatte um Kriterien und Wandel alternativer Wirtschaftsformen aufzugreifen, nachdem ich über die Beschäftigung mit der Transition- und Commonsbewegung auf die Publikation "Allmeinde Vorarlberg" gestoßen bin (Bertolini 2012). In diesem grafisch ansprechend gestaltetem Sammelwerk, sind Beiträge von Silke Helfrich zu finden (die i.d.R. der kritischen Zivilgesellschaft zugeordnet wird), neben Interviews mit Vertretern der Raiffeisenbank Vorarlberg und deren KundInnen – eine Form verdeckter Werbung. Der Sammelband mit Filmbeigabe wurde offiziell von der Grafikerin und Fotografin Rita Bertolini im Bertolini-Verlag herausgegeben, laut Impressum von der Raiffeisenbank Vorarlberg. Wie in einer Buchbesprechung zu lesen ist, sind Buch und Film "nach einer Idee der Vorarlberger Raiffeisenbanken" entstanden (Kultur 2012). Aus dem Material wurde außerdem Ausstellung erstellt und von Raiffeisen präsentiert. Wie das Buch- und Ausstellungsprojekt weist der österreichische Fall der Entwicklung der Raiffeisen Banken auf die Ambivalenz von Ansätzen des "dritten Wegs" hin. Die aus der Raiffeisen-Bewegung hervorgegangene Bankengruppe ist mittlerweile die größte Bankengruppe Österreichs; Raiffeisen International ist durch Milliardenverluste insbesondere bei Geschäften in Osteuropa aufgefallen. Hinter diesem Anlass motiviert mich die Intention, soziale und ökologische Belange und Lösungsansätze zusammenzuführen, die in Forschung, aber auch in der sozialen Bewegung häufig getrennt voneinander behandelt werden. Lösungsvorschläge für Verteilungsfragen blenden häufig die Konsequenzen der Maßnahmen (die häufig auf stärkeres Wirtschaftswachstum abzielen) aus, während Maßnahmen zum Umweltschutz soziale Anliegen insbesondere ärmerer Klassen nicht berücksichtigen. Es scheint mir sinnvoll, die Diskussion über Zielsetzung und Gestaltung alternativer Projekte und Finanzierungsformen wieder aufzugreifen, da die wachsende GärtnerInnen, Transition und -Commonsbewegung einerseits einen kreativen, undogmatischen und pragmatischen Ansatz in der Umsetzung von Projekten verfolgt. Andererseits greifen die Beteiligten aber nicht immer auf Erfahrungen mit alternativen Projekte der Vergangenheit und theoretische Analysen zurück. Schlecht konzipierte Projekte können aber der ursprünglichen Intention mittel- oder langfristig entgegenlaufen. Ich sehe diese Arbeit als eine erste Diskussionsgrundlage für vertiefende Auseinandersetzungen, die ich aus Zeitgründen noch nicht durchführen konnte.

Was ist "progressiv", was ist "konformistisch"?

Die Klassifizierung in "progressive" und "konformistische" Projekte leite ich ab aus Karl Polanyis Problemanalyse und Theorien zur Entbettung in kapitalistischen Gesellschaften und alternativen

Wirtschaftsformen (Polanyi 1977; 1979; 2011 [1944]) und aus aktuellen, an Polanyi anschließenden Ansätzen zur *Transformation des 21. Jahrhunderts* (Thie 2013; WBGU 2011; Wright 2010). Polanyis Analysen erscheinen mir für die Fragestellung ein sinnvoller Ausgangspunkt, weil der Autor sowohl grundlegende Weichenstellungen und Fehlsteuerungen eines unregulierten Kapitalismus, bzw. der *Marktgesellschaft*¹, herausarbeitet, als auch Gesellschaften mit bedarfsorientierten Wirtschaftsformen beschreibt, an denen sich die Zielsetzung von Projekten alternativen Wirtschaftens orientieren kann.

In *Die Große Transformation* beschreibt Polanyi ausgehend von der Industrialisierung Großbritanniens im 19. Jahrhundert die Einführung der Marktgesellschaft. Diese entspricht, so Polanyi, keinem Naturzustand; sie wurde in einem späten Stadium der Menschheitsgeschichte aktiv implementiert (Polanyi 2011: 333). Polanyi zeigt, wie eine auf Subsistenz ausgerichtete Gesellschaft in mehreren Schritten in eine Marktgesellschaft umgewandelt wurde, in der eine schwerpunktmäßig verfolgte Bedarfs- durch eine Profitlogik ersetzt wurde. Eine entscheidende Rolle spielte die Einführung der Arbeitsmärkte, verbunden mit der Möglichkeit und Notwendigkeit, menschliche Arbeit zu verkaufen, neben der Einführung von Märkten und Preisen für Boden. Zuvor war wirtschaftliche Aktivität in ein größtenteils ortsbezogenes soziales Gefüge eingebunden (Polanyi 2011: 102ff, 332), dessen Ziel die Bedarfsdeckung und die Erwirtschaftung von Überschüssen für eine feudalen Oberschicht war. Die Marktgesellschaft mündete im ersten und zweiten Weltkrieg, was Polanyi (neben kurzfristig wirksamen politischen Gründen) darauf zurückführt, dass die Marktgesellschaft eine Utopie ist: Sie setzt die Waren- und preisförmige Gestaltung der Gesellschaft voraus. Menschengebundene Arbeit, Natur und Geld seien aber keine Waren, die beliebig getauscht und produziert werden können (Polanyi 1944: 54, 107). Daher sei es notwendig, die Wirtschaft in die Gesellschaft einzubetten.

Der *wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU)* der deutschen Bundesregierung greift in seinem Hauptgutachten 2011 Polanyis Begriff der Transformation auf und fordert unter Verweis auf die Schädigung der globalen Ökosysteme dringlich weitreichende gesellschaftliche Änderungen: "*Heute ist eine Transformation vergleichbar mit der neolithischen Revolution oder der Industrialisierung notwendig. Es gibt keine Vorbilder. Die Transformation muss umfassend sein.*" (WBGU 2011: 88f) Die Transformation müsse weit über technologische Veränderungen hinausgehen, zu einer Veränderung von Lebensstilen führen, außerdem zu einer globalen Kooperationsrevolution und der Überwindung von Politikblockaden (WBGU 2011: 88f). Auch andere Unter-

1 Ulrike Herrmann kritisiert die Benutzung des Begriffs "Marktgesellschaft" als Euphemismus. Märkte habe es schon vor 2500 Jahren gegeben. Erst seit 300 Jahren werden allerdings Land und Arbeit systematisch mit einem Preis versehen. Daher müsse anstatt "Marktgesellschaft" der Begriff "Kapitalismus" verwendet werden. (Herrmann 2013: 65ff)

suchungen zeigen, dass die ökologischen Grenzen der Umweltbelastung der Erde gefährlich überschritten sind, insbesondere beim Ausstoß von Klimagasen, dem Verlust von Biodiversität oder der Überlastung des natürlichen Stickstoffkreislaufs (Rockström 2009).

Im Unterschied zu Polanyi (und auch zu den eigenen Forderungen) klammert der WBGU eine Analyse der Marktgesellschaft bzw. des Kapitalismus weitgehend aus. Finanzen und Wirtschaft werden explizit nur in einem Unterpunkt zur Finanzierung technischer Maßnahmen angesprochen. Er bezieht sich stattdessen auf die Wertediskussion, listet technische Maßnahmen zur Bekämpfung von Umweltproblemen auf, empfiehlt einen "gestaltenden Staat" und einen neuen globalen Gesellschaftsvertrag und spricht sich für die Förderung von Forschung und Bildung für eine Transformation aus (WBGU 2011). Technische Effizienzgewinne führen aber nur zu einer relativen, nicht aber zu einer absoluten Senkung des Energie- und Ressourcenverbrauchs. Als Leiter einer Kommission für nachhaltige Entwicklung der Britischen Regierung zeigte Tim Jackson, dass in der mittelfristigen Perspektive die Menge der für die Herstellung eines Produkts benötigten Energie – insbesondere in hoch entwickelten Ländern – stark gefallen ist (in den USA und Großbritannien seit 1980 um 40 %), während die CO₂-Emissionen aus fossilen Energiequellen seit 1970 aber um 80 % gestiegen sind (Jackson 2011: 83). Dieser "Rebound-Effekt", den auch die Enquete-Kommission Globalisierung der deutschen Bundesregierung als wichtiges Hindernis identifiziert, kann einerseits durch steigenden Konsum erklärt werden, andererseits durch die Verlagerung von Umweltverschmutzung in Schwellen- und Entwicklungsländer im Rahmen globaler Produktionsketten (Deutscher Bundestag 2013: 25; Jackson 2011: 81ff). Historisch habe es nach Jackson noch nie eine dokumentierte Situation gegeben, in der Effizienzsteigerung mittelfristig zu der Verringerung der absoluten Emissionen und des Ressourcenverbrauchs geführt habe (Jackson 2011: 85ff). Weitere von Angelus Maddison (2001) zusammengestellte empirische Daten über die Entwicklung der Weltwirtschaft deuten auf einen Zusammenhang von Kapitalismus und Wachstum hin (Herrmann 2013: 18f; Maddison 2001). Die Statistiken zeigen, dass das Wachstum der Weltwirtschaft in Europa um 1820, d.h. mit der Einführung des Kapitalismus extrem angewachsen ist (Maddison 2001: 42ff). Häufig wird das Wachstum mit der Industrialisierung in Verbindung gebracht, was aber nach Ulrike Herrmann wenig überzeugend ist, weil es wegweisende Technologien bereits in der Antike gab, die aber nicht systematisch genutzt wurden, um Arbeitskraft zu ersetzen (Herrmann 2013: 15ff). Weitere AutorInnen verweisen auf die Konkurrenzsituation, in der Unternehmen bevorteilt werden, die Kosten für den Erhalt von Umwelt oder Arbeitskraft externalisieren (Exner/Lauk 2011; Scherhorn 2011).

In der jüngeren Literatur zu Transformation ist die Auffassung weit verbreitet, dass kapitalistisches Wachstum zwar einen Zuwachs an materiellem Wachstum gebracht hat, Wachstum aber in der jetzi-

gen Entwicklungsstufe neben ökologisch unerwünschten Folgen, in entwickelten Gesellschaften nicht mehr zu sozialem und wirtschaftlichem Fortschritt für den Großteil der Bevölkerung führt. Trotz Wachstum sind Einkommen und Vermögen in den meisten Gesellschaften zunehmend ungleich verteilt (Jackson 2011: 77f; Seidl/Zahrnt 2010: 30ff), Glücksindikatoren sind – sofern Grundbedürfnisse erfüllt sind – nur in gleichen Gesellschaften hoch und stagnieren oder sinken sogar in Staaten mit hohem oder wachsendem BIP (Wilkinson/Pickett 2010), Finanz-, Wirtschafts- und Schuldenkrisen sind nicht gelöst (Peukert 2010; Streeck 2013), es wird ein Trend zum Rückfall in feudalistische Verhältnisse diagnostiziert (Neckel 2010; Piketty 2013), neben einem Trend zur Unterwanderung der demokratischen Mitbestimmung (Crouch 2011; Deppe 2013; Streeck 2013).²

In diesem Sinne halte ich es zunächst für sinnvoll, das Potential von Projekten, Wirtschafts- oder Gesellschaftsformen daran zu messen, inwiefern es gelingt, die Profitlogik in Umwelt- und sozial unverträglichen Bereichen gegen eine Bedarfslogik zu ersetzen³. Das Kriterium muss jedoch ergänzt werden. Die Wirtschaftsweise sollte ökologisch gerecht sein (Vgl. Thie 2013: 71-78), also beispielsweise einer Wirtschaftsweise entsprechen, die einen Emissions- und Ressourcenverbrauch nach Maßgaben des ökologischen Fußabdrucks praktiziert oder durch wirksame Maßnahmen anstrebt. Sie sollte möglichst inklusiv sein, d.h. nicht nur für eine gut organisierte interne Gruppe eine wirtschaftliche Basis gegenüber äußeren Instanzen schaffen, bzw. sollten soziale oder Umweltkosten nicht externalisiert werden. Es sollte eine wirtschaftliche Grundlage bestehen, die den Beteiligten die gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. In Anlehnung an Richard Wilkinson und Kate Pickett (2010) sollten einerseits Grundbedürfnisse befriedigt sein und andererseits eine möglichst gleiche Verteilung von Ressourcen innerhalb einer Gesellschaft gewährleistet sein. Hinzu kommt die Möglichkeit der Beteiligten, selbst über die Gestaltung von Gesellschaft und Wirtschaft zu entscheiden. Unter Rückgriff auf anthropologische Fallstudien zeigt Polanyi, wie grundsätzlich Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme gestaltet waren, die nicht der Profitlogik unterlagen, sondern den Prinzipien der Haushaltung, der Reziprozität und der Verteilung. Bei der Haushaltung stellt Gruppe die Waren

2 Der Kritik an nachteiligen Folgen kapitalistischer Profitlogik wird häufig entgegengesetzt, Wirtschaft sei stark von sozialen Bezügen durchflochten und in einem späten Stadium des Kapitalismus durch Monopole, Diskurse und Interessen von Eliten und/oder institutionelle Pfadabhängigkeiten geprägt. Wenngleich ich diese Kritik dahingehend teile, dass nicht eine einzige Logik das Handeln von AkteurInnen und Institutionen bestimmt und Finanz- und Wirtschaftseliten sich eigene Regeln schaffen, gehe ich in Anlehnung an die weiter unten zitierten Fallstudien und meine bisherige Forschung (Ötsch 2012; Ötsch/DiPauli 2012; Ötsch 2013; 2015) davon aus, dass die Profitlogik in weiten Teilen der Wirtschaft Sachzwänge auf AkteurInnen ausübt, insbesondere den unteren Klassen.

3 Inwiefern es wünschenswert ist, dass eine Wirtschaft vollständig zur Bedarfslogik übergeht, oder Mischformen erstrebenswert sind, diskutiere ich an dieser Stelle nicht. Da derzeit die Profitlogik in vielen Fällen dominant ist, stellt sich zunächst die Frage, wie der Übergang in eine stärker bedarfsorientierte Wirtschaft gestaltet werden kann, die sogleich den Umweltverbrauch senkt und ein gutes Leben ermöglicht.

für den eigenen Bedarf größtenteils selbst her. Gesellschaften, die nach dem Prinzip der Reziprozität oder Gegenseitigkeit organisiert sind, verfügen über ausgeklügelte Systeme, wie Waren getauscht werden. So tauschen beispielsweise Dörfer am Meer Fische gegen Feldfrüchte mit Dörfern im Landesinneren. In verteilungsbasierten Gesellschaften organisiert eine zentrale Instanz die Verteilung von Gütern in einer Gesellschaft (Polanyi 1977; 1979: 256-283; 2001: 71-87). Doch wie kann der Übergang in eine stärker bedarfsorientierte Gesellschaft vollzogen werden?

Transformation aus der Nische und 'Mission Shift'

Eric Olin Wright unterscheidet drei Transformationsstrategien: die symbiotische, die inkrementelle und die bruchhafte Veränderung (Wright 2010). Während die symbiotische Veränderung durch einen Konsens zwischen Parteien oder Interessengruppen zustande kommt und damit – wie bei Kompromissen üblich – selten weitreichende Veränderungen bewirkt, steht die bruchhafte Veränderung für eine Revolution, die zwar einen umfassenden Wandel ermöglicht, aber nicht unbedingt eine Veränderung zum Besseren garantieren muss, da die Strategie potentiell die Anwendung von Gewalt impliziert und neu implementierte alternative Systeme nicht erprobt sind, bzw. nicht zwangsläufig und ad hoc in Alltagspraktiken übersetzt werden. Inkrementelle Veränderungen stehen für alternative, in einer Nische erprobte und entwickelte Lösungen, die das Potential haben, in einer Krise die Funktionsweisen des übergeordneten Systems zu ersetzen. Es handelt sich also um Projekte auf der Mikroebene, die jedoch eine mittel bis langfristige Veränderung des Systems anvisieren. Die Strategie birgt jedoch das Risiko, dass sich AkteurInnen und Institutionen, die inkrementelle Ansätze verfolgen, unter Druck wieder dem vorherrschenden System beugen und vereinnahmt werden (Wright 2010: 321ff).

Da Projekte in einem dynamischen politischen, wirtschaftlichen, juristischen und sozio-kulturellem Umfeld verortet sind, ist nicht nur die anfängliche Konzeption, sondern auch die Entwicklung des Projekts in Interaktion mit diesem Umfeld entscheidend. Wenn ich Polanyis Aussagen folge, ist davon auszugehen, dass ein in der Profitlogik angelegter Druck zur Entbettung führt: Akteure, die ökologisch oder sozial handeln und wirtschaften, müssen dieser Logik aktiv entgegenarbeiten, sofern keine institutionellen Regeln die Profitlogik begrenzen (und häufig auch unter Druck geraten). Im Vergleich zu AkteurInnen, die ihr Handeln der Profitlogik angepasst haben, erfordert das eine höhere Energie und immer wieder bewusste Entscheidungen. Andererseits gibt es Beispiele von Projekten oder Unternehmen, die seit Jahrzehnten alternative Ansätze praktizieren (ein häufig genanntes Beispiel ist die Genossenschaft Mondragón), und es ist möglich, dass die institutionelle Unterstützung für alternative Projekte verbessert wird, wenn eine kritische Masse an Aktiven und Un-

terstützerInnen besteht, bzw. wenn die Nachteile des übergeordneten Systems deutlicher werden.

Die Annahme, dass soziale Bewegungen, Organisationen oder Projekte tendenziell ihre ursprünglichen Ziele abmildern oder transformieren, ist weit verbreitet und wird mit dem 'Weber-Michels-Modell' abgebildet (Chapin/Tsouderos 1956; Zald/Ash 1966), oder mit Begriffen beschreiben wie 'mission shift', 'mission displacement' (Minkoff/Powell 2006), 'Konventionalisierungsfälle' (Kraichotil et al. 2005) oder 'institutioneller Isomorphismus' (Enjolras 1995: 63).

Zald und Ash fassen das an Max Weber und Roberto Michels angelehnte (und vorher von Chapin und Tsouderos beschriebene) Modell zur Transformation einer Bewegung wie folgt zusammen:

“As an MO [movement organization, d.A.] attains an economic and social base in the society, as the original charismatic leadership is replaced, a bureaucratic structure emerges and a general accommodation to the society occurs. The participants in this structure have a stake in preserving the organization, regardless of its ability to attain goals. Analytically there are three types of change involved in this process. The three types of change are goal transformation, a shift to organizational maintenance, and oligarchization.” (Zald/Ash 1966: 327)

Auf der Grundlage eigener Studien zeigen Zald und Ash jedoch, dass Organisationen zwar häufig den im Weber-Michels-Modell beschriebenen Weg folgen, dass dieses jedoch nicht notwendigerweise so sein muss⁴ (Zald/Ash 1966). Eine synoptische Zusammenstellung zu neuerer Forschung zum Wandel nicht-gewinnorientierter Organisationen von Debra Minkoff und Walter Powell im Spannungsfeld von a) Zielsetzung (*mission*), b) Mandat (ein von externen AkteurInnen wie GründerInnen, GeldgeberInnen etc. gegebener Auftrag) und c) äußeren Zwängen und Gelegenheiten bestätigt und ergänzt die Aussage, dass Organisationen nicht zwangsläufig konservativ werden (Minkoff/Powell 2006). Minkoff und Powell unterscheiden folgende Entwicklungspfade, die eine Organisation unter äußerem Druck und abhängig von internen Dynamik nimmt:

“... (a) conservative transformation or accommodation; (b) proactive change, in particular turning from a more conventional mission to a more challenging role despite pressures to conform; (c) resistance to change, that is, holding fast to the group's mission even when it includes more challenging goals; (d) shifting priorities as a response to changing external cir-

4 Faktoren, die zur Beibehaltung, teilweise sogar zur Radikalisierung, der Ziele beitragen sind u.a. Eintrittserfordernisse und Inklusivität/Exklusivität der Organisation, Unterstützung innerhalb der Gesellschaft, Kräfteverhältnisse verschiedener Strömungen und Personen innerhalb der Organisation, die Struktur (als Zusammenschluss von Organisation oder Einzelpersonen), die Spezifität oder Weite der Ziele, die Kapazität Forderungen und/oder Ziele neuen Gegebenheiten anzupassen, der Grad der Infragestellung von Autoritäten, Verstetigung vs. Charisma, die Art der Einbeziehung der Mitglieder, die Zusammensetzung des Personals und die Art der Finanzierung der Organisation (Zald/Ash 1966).

cumstances, while renewing or reorienting the mission to focus on or enhance a core animating belief; or (e) mission displacement, largely as a result of pursuing new funding sources in hopes that they may allow some vestige of an original identity to persist and enable organizational survival in perilious times.” (Minkoff/Powell 2006: 594–595)

Auch wenn sich Organisationen unterschiedlich entwickeln können, zeichnet sich – so Minkoff und Powell – bei den meisten, in dem Forschungsstrang untersuchten Organisationen eine Tendenz ab: Die Organisation verfolgt weniger intensiv ein gesellschaftliches Ziel im Sinne von politischer Arbeit oder einer Interessenvertretung (*advocacy*), widmet sich dafür aber im Laufe der Zeit zunehmend Serviceleistungen für Betroffene von gesellschaftlichen Problemen, die in Form individueller Problemlösungen erbracht werden. Einerseits können Handlungsweisen und Strukturen damit formalisiert werden, so dass sie unabhängig von herrschenden Regierungen abgerufen werden können; andererseits ist die serviceorientierte Vorgehensweise in der breiten Gesellschaft stärker akzeptiert und politisch weniger konfrontativ (Minkoff/Powell 2006: 206). Eine Untersuchung von Minkoff (2002) ergab, dass hybride Organisationen, die sowohl eine gesellschaftliche, als auch serviceorientierte Ausrichtung haben, besonders erfolgreich sein können, weil Ziele auch in einem gewandelten politischen Klima verfolgt werden können. Nach Minkoff und Powell stehen nicht-gewinnorientierte Organisationen oft unter Finanzdruck, der sich negativ auswirkt, wenn verschiedene GeldgeberInnen unterschiedliche Interessen haben (Minkoff/Powell 2006: 606). Entgegen der gängigen Annahme ist Größe kein Faktor für eine stärkere konservative Ausrichtung. Insbesondere Organisationen, deren Kernanliegen eine ideelle Weltanschauung ist (und nicht die Warenproduktion), können sich in verschiedene Richtungen entwickeln, wobei größere und stärker etablierte Organisationen mehr Wechsel vollziehen und/oder parallele Vorgehensweisen verfolgen. Dahingegen seien Wechsel für kleine, finanziell wenig abgesicherte Organisationen schwerer zu verkraften (Minkoff/Powell 2006: 206ff).

Die von Minkoff und Powell zusammengefassten Ergebnisse betreffen US-Organisationen, so dass sie möglicherweise nicht auf die Situation anderer Staaten oder Regionen zu übertragen sind, die eine andere zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Struktur haben. Neben diesen im Neoinstitutionalismus verorteten Studien findet sich eine breite interdisziplinäre Literatur zur Entwicklung alternativer, nicht-profitorientierter Nischenprojekte. Diese Projekte wurden in einer Vielzahl von Einzelstudien erforscht, deren Ergebnisse teilweise in Überblickswerken (u.a. Gubitzer 1989; Elsen 2007; Notz 2011; Voß 2010) erfasst wurden.

Empirische Studien zu Formen alternativen Wirtschaftens seit den 70er Jahren

Die bewusste oder unbewusste Anwendung der Strategie der inkrementellen Veränderung hat eine lange Geschichte, etwa in der Genossenschaftsbewegung. Viele Projekte mit "Nischenstrategie" entstehen einerseits aus Selbsthilfe, andererseits wenn eine Veränderung der übergeordneten Strukturen wenig erfolgversprechend erscheint und AkteurInnen stärker selbstbestimmt leben und wirtschaften wollen. Angestoßen durch die StudentInnen-, Ökologie- und Frauenbewegung kam es in den den 70er Jahren zu einer Gründungswelle alternativer Projekte (Notz 2012: 78ff). Heute entstehen neue Nischenprojekte mit der Welle des urbanen Gärtnerns, *Community Supported Agriculture*-Projekten (CSA), *Transition Towns* und Initiativen u.v.m. Mit der Vergabe des Nobelpreises an Elinor Ostrom für ihre Forschung zur Allmende haben Wirtschaftsformen, die zwischen Planung und Markt angesiedelt sind wie die Commons, neue Aufmerksamkeit erhalten. Projekte entstehen aus einer Vielzahl von Motiven und Überzeugungen.

Meine Intention ist, im Folgenden eine Übersicht über verschiedene Formen alternativen Wirtschaftens zu geben und sie nach den beschriebenen Anforderungen zu bewerten. Im Folgenden wende ich mich Nischenprojekten zu, die in den letzten Jahrzehnten entstanden sind. Da zu dem Thema viel Literatur aus verschiedenen Kontexten vorliegt, beziehe ich mich zunächst auf Übersichtswerke über alternative Ökonomie aus dem deutschsprachigen Raum (Elsen 2007; Notz 2011; Voß 2010). Ein systematischer Vergleich von Projekten und Theorien zu alternativer Ökonomie findet sich außerdem bei Luise Gubitzer (1989), den ich in der folgenden Übersicht nur indirekt berücksichtige, weil Gubitizers Fokus primär auf Selbstverwaltung liegt. Ich stelle zunächst Begriffe aus der Literatur für die breit gefassten Kategorien 'alternatives Wirtschaften', 'Solidarische Ökonomie' und 'Sozialwirtschaft' vor. Verschiedene Ausprägungen alternativer Wirtschaftsformen und Finanzierungsformen stelle ich anschließend überblicksartig in einer Tabelle zusammen und bewerte sie ansatzweise nach den vorgestellten Kategorien für progressive Projekte. Später kontrastiere ich die Modelle und Kriterien mit der Berichterstattung über aktuelle Projekte in der Tages- bzw. Wochenpresse. Ursprünglich wollte ich die Betrachtung auf Finanzierungsformen beschränken. Im Zuge meiner Untersuchung, habe ich jedoch festgestellt, dass Wirtschafts- und Finanzierungsformen häufig verbunden sind, denn viele Konzepte sehen eine Einheit von Leben und Wirtschaften vor. Daher stelle ich zunächst eine Übersicht über wirtschaftende Institutionen vor und später eine auf Finanzierungsformen bezogene.

Notz streicht hervor, dass dem Begriff *alternatives Wirtschaften* kein einheitliches Theoriegebäude zugrunde liegt (Notz 2011: 24ff). Sie siedelt *alternatives Wirtschaften* an in einem "Übergangsbereich zwischen der marktzentrierten kapitalistischen Wirtschaft, dem öffentlichen Produktions- und

Dienstleistungssektor und der sogenannten informellen Ökonomie” (Notz 2011: 28). Gemeinsam sei den Konzepten außerdem die “Wirkung im lokalen und regionalen Umfeld” und eine “bestimmte Negation zur je herrschenden Ökonomie” (Notz 2011: 30). In der deutschsprachigen Literatur ist der Begriff *Solidarische Ökonomie* ähnlich weit gefasst, und zwar bewusst, denn eine Abgrenzung könnte das “Entstehen einer neuen Welle von solidarischer Ökonomie schwächen” (Giegold/Embshoff 2008: 11; Notz 2011: 119); “die Vielfalt der Wege, die dorthin führen” werden “unter den jeweils Betroffenen ausgehandelt” (Voß 2010: 11). Solidarität verweist nach Voss auf Zusammenhalt und gegenseitige Unterstützung. Es handele sich nicht um Uneigennützigkeit, sondern um die Auffassung, dass gemeinsam Aufgaben besser erledigt werden können (Voß 2010: 12), symbolisiert durch den *Homo Cooperativus* (Voß 2010: 16). Damit die Solidarität über die in einer Gruppe praktizierte hinausgehe (wie das auch bei der Mafia der Fall ist) müsse das Kriterium der Solidarität ergänzt werden um ein Menschenbild, das – in Anlehnung an Amartya Sen (2011) – “die Entwicklung individueller Fähigkeiten und die Verwirklichung persönlicher Lebenschancen in den Mittelpunkt einer ethisch-moralischen Ökonomie” stelle (Voss 2010: 15). Hier setzt auch Vallat an, wenn er schreibt, dass solidarische Finanzierungskonzepte “positive Freiheiten” im Sinne von Sen fördern sollten, d.h. die Handlungsfähigkeit der Beteiligten erhöhen (Vallat 2011: 73). Nach Voss basieren die von ihr beschriebenen Formen von solidarischer Ökonomie “auf Leitbildern einer Welt, in der ausnahmslos alle Menschen aufgrund ihres Menschseins das Recht und die Möglichkeit haben, auf eine menschenwürdige Art Zugang zu all dem zu haben, was sie physisch, psychisch und geistig benötigen, um ein gutes Leben in selbstgewählten sozialen Zusammenhängen führen zu können” (Voss 2010: 14). Aspekte solidarischen Wirtschaftens sind die Ersetzung der Gewinnlogik gegen eine Logik des Nutzens oder des Bedarfs (Voss 2010: 16), das Abrücken von der Gewinnmaximierung in kapitalistischen Marktwirtschaften (Giegold/Embshoff 2008: XX), Kooperation statt Konkurrenz (Giegold/Embshoff 2008: XX; Felber 2012: 18), freiwillige Kooperation, Selbstorganisation und gegenseitige Hilfe (Giegold/Embshoff 2008: XX), eine Form der “lebendigen menschliche Arbeit... für sich selbst” und nicht für das Kapital Anderer (Voß 2010: 17f), die demokratische Entscheidung und Verfügung über Eigentum (Voß nach Ostrom 2010: 18f) und das Prinzip “think global, act local”, wobei lokales Handeln als Gegensatz zu globalen Kapitalanlagepraktiken gesehen wird (Voß 2010: 19).

Jean-Louis Laville grenzt grundsätzlich *Solidarische Ökonomie* von der *Sozialwirtschaft* (*économie sociale*) ab. *Sozialwirtschaft* beschreibt er als eine kollektive Form des Wirtschaftens, in der a) Mitglieder nur formal gleichgestellt werden, b) das Konkurrenzprinzip akzeptiert ist und die c) den Fokus primär auf das einzelne Unternehmen richtet (Laville 2011: 11f). Dahingegen folge *Solidari-*

sche Ökonomie dem Leitbild einer möglichen anderen Welt; sie benutze ökonomische Mittel um humanistische Ziele im politischen Bereich umzusetzen (Laville 2011: 11). Langfristiges Ziel ist die Demokratisierung der Wirtschaft und damit der Gesellschaft; Grundpfeiler sind wirtschaftliche Pluralität und eine öffentliche Komponente (*la dimension publique*) (Laville 2011: 12). Die öffentliche Dimension wird häufig mit der (teilweise wörtlich gemeinten) Metapher des öffentlichen Raumes gleichgesetzt, die einen demokratischen Urzustand beschreibt, in dem Staat und Zivilgesellschaft verbunden und keine getrennten Einheiten sind (Laville 2011: 152f).

Weitere Unterscheidungsmerkmale von konventioneller und alternativer Ökonomie ergeben sich aus der empirisch betrachtenden Literatur. Neben der Infragestellung der Profitlogik, unterscheiden sich Formen der alternativen Ökonomie oft durch das Gründungsmotiv. Viele Betriebe entstehen in Phasen “konjunktureller und struktureller Arbeitslosigkeit und damit Einkommenslosigkeit” aus materieller Not hinaus, andere werden durch Randgruppen gegründet, in Fällen von Konkursen über Betriebsübernahmen (Pryor nach Gubitzer 1989: 254f; Gubitzer 1989: 273). Die Beteiligten verfügen häufig über ein gutes Qualifikationsniveau und “geänderte Wertvorstellungen”, basierend auf einer “kritischen Analyse der gesellschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnisse” (Pryor nach Gubitzer 1989: 255). Aus der Literatur geht außerdem hervor, dass auch soziale Rahmenbedingungen die Entwicklung von Projekten beeinflussen, etwa Freundschaft, Zusammenarbeit, Gemeinschaft, Einheit in der Vielfalt, Kollektivität, Charisma, und Teilen (Razeto Migliario zitiert nach Voss 2010: 13). Einerseits sind Unternehmen der alternativen Ökonomie benachteiligt, wenn sie aufgrund höherer Ausgaben für Soziales oder die Umwelt weniger Gewinne erzielen, andererseits ergeben sich gewisse ökonomische Vorteile durch eine höhere Motivation der Mitglieder, Qualitätsansprüche von KonsumentInnen und ProsumentInnen und einer stärker nachhaltigen Wirtschaftsweise (z.B. durch weniger Risikokapital bei ethischen Banken) und dem geringeren Abfluss von Kapital in Privatvermögen.

In der folgenden Tabelle habe ich zunächst die Formen alternativen Wirtschaftens verzeichnet, die in der Überblicksliteratur aufgeführt werden. Ich versuche zunächst die Projekte nach ihrer Kapazität und Art zu klassifizieren, inwiefern sie die Profitlogik zugunsten einer Bedarfslogik (im weiteren Sinne) überwinden, welche ökologische Tragweite sie haben, wie stark die demokratische Selbstverwaltung ausgeprägt ist und inwiefern sie das Ziel verfolgen, gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Ich klassifiziere die Wirtschaftsformen, indem ich die aus der Literatur bezogenen Informationen heranziehe. Die Bewertungsmethode müsste bei einer weiterführenden Betrachtung verfeinert werden.

Wirtschaftende Institutionen der alternativen Ökonomie⁵

Bewertungskriterien:

B = Bedarfsorientiertheit

Ö = Ökologische Belange

D = Demokratische Mitbestimmung

G = Intention, Gesellschaft zu verändern

- = klein / keine unmittelbare Priorität

~ = mittelgroß

* = unterschiedlich / nicht zu beurteilen

+ = groß

	Elsen (2007)	Notz (2011)	Voß (2010)	Priorität				Geschäftsmodell: Anmerkungen / Kennzeichen
				B	Ö	D	G	
Soziale Unternehmen	x			+	*	-	-	³⁵ ₁₇ Hilfe für das Individuum (Arbeitsplatzbeschaffung etc.). ³⁵ ₁₇ Soziales Entrepreneurship: Emanzipation durch unternehmerisches Handeln. Verbindung von "wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Wandel", Kritik an Abhängigkeitsverhältnis und Entmündigung durch humanitäre Hilfe (Elsen 2007: 209). ³⁵ ₁₇ Bedarfsorientierung v.a. sozial (Arbeitsplatzbeschaffung), nicht unbedingt ökologisch.
Soziales Entrepreneurship	x			*	*	-	-	
Frauenbetriebe und -Projekte			x	+	*	*	+	³⁵ ₁₇ Räume für Frauen innerhalb einer patriarchalen Wirtschaft und Gesellschaft. "Das Private ist politisch". Gründung von Kinderläden, Frauenbuchläden, Cafés, Tagungshäusern, Gründungszentren etc. (Voss 2010: 38ff)
Gemeinwohlökonomie				- / *	- / *	- / *	+	³⁵ ₁₇ Konzept nach Felber: Änderungen wirtschaftlicher Institutionen ausgehend von der Mikroebene; zugleich Änderungen auf der Makroebene (Geldsystem).
Gemeinwesenökonomie	x	x		*	*	*	*	³⁵ ₁₇ Das "Gemeine" (nicht Eigene); "gemeinsam nutzbare Lebensgrundlagen und Belange". "Formen des menschlichen Zusammenarbeitens und -lebens, die über den Familienverband hinausgehen und der Organisation gemeinsamer Belange dienen." (Elsen 2007: 105) ³⁵ ₁₇ Schwerpunkt: Lokale Ansätze (Notz 2011: 123).
Selbstverwaltete Wirtschaft								³⁵ ₁₇ Gründungen der 70er Jahre, um ein anderes Leben zu ermöglichen und bestimmte Bedarfsnischen zu decken (Notz 2011: 90ff); ³⁵ ₁₇ Gründungen/Übernahmen in verschiedenen Fällen aus Notlagen (wirtschaftliche Krise, Arbeitslosigkeit, Berufsverbot) (Gubitzer 1989: 219f; Vallat 2003: 69); ³⁵ ₁₇ Re-Versorgung abgeschnittener ländlicher Regionen (Notz 2011: 129).
³⁵ ₁₇ Betriebsneugründungen	x	x	x	*	~	+	+	
³⁵ ₁₇ Betriebsübernahmen	x	x		~	-	+	~	
³⁵ ₁₇ Selbstverwaltete Dorfläden			x	+	-	~	-	
³⁵ ₁₇ Energie			x	+	~	+	~	
³⁵ ₁₇ Wasser und Abwasser			x	+	~	+	~	
³⁵ ₁₇ Gesundheit				x	-	~	-	
³⁵ ₁₇ Erziehung und				x	-	+	~	

5 Einige Begriffe überschneiden sich, bzw. sind über- oder untergeordnet. Da Unter- und Überbegriffe in verschiedenen Ansätzen unterschiedlich zugeordnet werden und die Begriffe sind weit und von verschiedenen AutorInnen in Nuancen unterschiedlich definiert sind, führe ich Unterkategorien einzeln auf.

Bildung								
Solidarische Ökonomie	x	x	x	~	~	~	+	³⁵ / ₁₇ Definition s. S.10.
Genossenschaften								
³⁵ / ₁₇ Produktion und Dienstleistungen;	x	x	x	~	*	+	~	³⁵ / ₁₇ Sozial-, Bildungs-, Gesundheitsgenossenschaften: Häufig Kompensation für wegfallende Daseinsfürsorge (Elsen 2007: 298f); ³⁵ / ₁₇ Professionsgenossenschaft: Häufig gut ausgebildete Freiberufler. Bsp. Sozietät etc. (Elsen 2007: 287f). ³⁵ / ₁₇ Solidargenossenschaft: Zusammenschluss von Personen, die Leben und Arbeit gemeinsam nach eigenen 'solidarischen' Regeln organisieren (Elsen 2007: 302). ³⁵ / ₁₇ Multi-Stakeholder-Genossenschaft: Kooperation von öffentlichen und privaten Stakeholdern (z.B. im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen) (Elsen 2007: 307f).
³⁵ / ₁₇ Konsum (Lebensmittel, Wohnen);	x		x	+	*	+	*	
³⁵ / ₁₇ Sozial-, Bildungs-, Gesundheitsgenossenschaften;	x	x	x	+	-	+	*	
³⁵ / ₁₇ Erzeuger-Verbraucher / Prosum;	x		x	+	*	+	*	
³⁵ / ₁₇ Professionsgenossenschaft.	x			-	-	~	-	
³⁵ / ₁₇ Solidargenossenschaft /Sozialgenossenschaft	x		x	+	*	+	*	
³⁵ / ₁₇ Multi-Stakeholder-Genossenschaft	x		x					
³⁵ / ₁₇ Stadtteilgenossenschaft	x		x	~	-	~	~	
				+	*	~	~	
Commons		x		+	+	+	~	³⁵ / ₁₇ Gemeinsame Nutzung nach Regeln statt Privateigentum und individueller Nutzung oder Nutzung im Familienverbund. Bedingung für das Funktionieren einer Allmende nach Ostrom: 1) klar definierte Grenzen, d.h. eine überschaubare Anzahl von TeilnehmerInnen bzw. ein überschaubares Territorium; 2) klar definierte gleichartig anwendbare Regeln; 3) Foren für kollektive Entscheidungen, 4) Kontrollen, ob die ausgehandelten Regeln eingehalten werden; 5) abgestufte Sanktionen; 6) Konfliktlösungsmechanismen; 7) ein anerkanntes Organisationsrecht, d.h. ausgehandelte Regeln und 8) in die Gemeinschaft sozial eingebettete Unternehmen und/oder sonstige Wirtschaftsformen. (Ostrom 1999: 235)
Tauschökonomie		x	x	+	~	~	~	³⁵ / ₁₇ Lokales Gegengewicht zu globaler Wirtschaft. Unterschiedlicher theoretischer Hintergrund. (Notz 2011: 124)
Schenken / Umsonstfläden		x	x	+	~	+	~	³⁵ / ₁₇ ..."Wandlung der gegenwärtigen gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in eine, die nicht am Profit und berechneten Tausch interessiert ist" (Notz 2010:128). ³⁵ / ₁₇ Matriarchales Weltbild (Vaughan nach Notz 2011: 128).
Kommune		x	x	+	*	+	~	³⁵ / ₁₇ Einheit von Leben und Arbeit.
Hausprojekte Wagenburgen			x x	+	+/ *	+/ *	~	³⁵ / ₁₇ Immobilien dem Markt entziehen und einer gemeinschaftlichen Nutzung vorbehalten (Voss

Ökodorf			x					2010: 29f).
Guerilla Gardening		x		+	~	+	+	³⁵ ₁₇ Rückeroberung der Stadt; Protest gegen Unwirtlichkeit der Stadt, Besitz an Grund und Boden und Rücksichtslosigkeit der Besitzenden gegen Benachteiligte (Notz 2011: 130).
Subsistenz - Urbane Landwirtschaft / Gemeinschaftsgärten (als Dualwirtschaft) - Ernährungssouveränität		x	x	+	~	~	-	³⁵ ₁₇ Gärtnerinitiativen: Ursprünglich aus Guerilla Gardening. Später Verschiebung des Fokus auf moralische Selbstversorgungsökonomie, Protest gegen Agrarökonomie, Begegnungsorte (Notz 2011: 131ff). ³⁵ ₁₇ Feministische Ökonomie: "das "gemeine Eigene" (Notz 2011: 108). ³⁵ ₁₇ Subsistenz beruht nicht auf individuellem, sondern kollektiven Vorgehen. Wertvolle Arbeit, die nicht entlohnt wird und das Ziel hat das "gute Leben" zu ermöglichen. Einstieg in Subsistenz über Ernährungssouveränität. (Vgl. Notz 2011: 103ff) ³⁵ ₁₇ Kritik: Umfassende Subsistenz nicht möglich; kann Arbeitslast von Frauen erhöhen (Wichterich nach Notz 2011: 107).

Die Rechts- bzw. Organisationsformen lassen sich in vielen Fällen nicht klar klassifizieren. Der Grad der "Progressivität" bzw. "Konventionalität" hängt von der jeweiligen Ausgestaltung der Rechtsform, äußeren Umständen und den beteiligten AkteurInnen ab. Die Strategien sind unterschiedlich kurz- oder langfristig angelegt. Während verschiedene Kommuneprojekte oder Ökodörfer versuchen, kurzfristig eine möglichst ideale Gesellschaft auf begrenztem Territorium umfassend umzusetzen, setzen Initiativen wie die Gemeinwohlökonomie bei konventionellen Unternehmen an und verfolgen eine Doppelstrategie der Veränderung auf der Mikro-, Meso- und Makroebene, die erst mittel- oder langfristig weiterreichende Veränderungen verspricht, dafür aber im größeren Rahmen greift. Bedarfsorientierung wird außerdem als Parallelstrategie verfolgt. Während AkteurInnen in die konventionelle Ökonomie eingebunden sind, betreiben sie in Teilzeit Selbstversorgung.

Aus dem Schema wird ersichtlich, dass Formen der alternativen Ökonomie auf verschiedene Arten mit der konventionellen Ökonomie verkoppelt sind; verschiedene Projekte sind in Teilbereichen je nach eigener Schwerpunktsetzung Bedarfs- statt profitorientiert. Kopplungen bestehen etwa über rechtliche Rahmenbedingungen, über das generelle Preisniveau in einer Gesellschaft, durch den Einsatz von Lohnarbeit, den Zukauf an Rohstoffen, Waren und Dienstleistungen aus der konventionellen Wirtschaft, gesellschaftlichen Lebens- und Konsumstandards, der Konjunktur (verbunden mit der Nachfrage) und sozialen Praktiken (z.B. Bildung und sozialer Kompetenz). Rein autarke Gesellschaften (die auch auf Tausch verzichteten) habe es nie gegeben, bzw. seien bestimmte Effekte nicht wünschenswert⁶ (Notz 2011: 107). Aufgrund der unterschiedlichen Analyse und Wertehal-

⁶ Beispielsweise wird befürchtet, dass es bei einer Stärkung der Subsistenz zu einer stärkeren Belastung von Frauen

tung decken sich die Effizienzvorstellung der neoklassischen Ökonomie und der alternativen Wirtschaft nicht (mehr s. Gubitzer 1989: 262ff), was zu Reibungen mit AkteurInnen der konventionellen Ökonomie führt, aber auch zur Selbstausbeutung. Die von Minkoff und Powell beobachtete Tendenz zur Serviceorientierung scheint teilweise gegeben. So scheinen die politischen Ansprüche der “Reclaim the Streets” Bewegung und eine ganzheitliche Konzeption von öffentlichen als politischen Raum in vielen Gärtnereiprojekten kaum noch durch. Wenn Stadtverwaltungen Gemüse und Obst anpflanzen und Erntetafeln für BürgerInnen aufstellen, sind hier Servicegedanken wahrscheinlich primär vertreten. Ähnlich verhält es sich mit interkulturellen Gärten, die v.a. als Sozialprojekt ausgelegt werden.

Finanzierungsformen alternativer Ökonomie – eine Übersicht

Weniger thematisiert, aber von großer Bedeutung sind nicht nur die Geschäfts-, sondern auch die Finanzierungsmodelle von Projekten und Unternehmen. Weit verbreitet sind die Annahmen des “Oppenheimerschen Transformationsgesetzes”, die aus Untersuchungen zu Produktivgenossenschaften des 19. Jahrhunderts abgeleitet wurden. Nach dem Gesetz enden Genossenschaften – sofern sie nicht vorher durch Finanzierungs-, Absatz- oder Disziplinprobleme in Konkurs gehen – als kapitalistische Unternehmen. In Krisenzeiten gingen Genossenschaften eher in Konkurs, weil Genossen im Unternehmen verbleiben (und nicht entlassen werden); nach Beendigung der Krise neigen GenossInnen dazu, ArbeitnehmerInnen anzustellen, um das mühsam erworbene und gehaltene Kapital nicht zu verlieren (Oppenheimer nach Notz 2011: 63ff). Oppenheimers These wird jedoch von neuerer Literatur in Frage gestellt. Sie könne nicht verallgemeinert werden, da Akteure der alternativen Ökonomie aus den Fehlern gelernt und Betriebe und Projekte anders konzipiert haben. Eine empirische Studie zu selbstverwalteten Betrieben in Hessen ergab, dass die meisten nach zehn Jahren sowohl ihre Selbstverwaltung bewahrt hatten, als auch stabile Unternehmen geworden waren (Nutz 2011: 97), was auch andere Fälle nahelegen (Nutz 2011: 137ff; Bedingungskatalog s. Gubitzer 1989: 272).

Als Gründe für ein Scheitern von Unternehmen der alternativen Ökonomie werden in der Literatur verschiedene Faktoren aufgeführt, wobei insbesondere der Verlust einer Nische angeführt wird (weil andere Unternehmen die Strategie kopieren), fehlende soziale Kompetenzen im Umgang mit Selbstverwaltung (sprich Streit zwischen den Mitgliedern) (XXX) und Finanzierungsprobleme (Gubitzer 1989: 180). Laut Gubitzer kommt es vor allem im Umgang mit Banken zu Schwierigkeiten, weil diese wenig Erfahrung im Umgang mit alternativen Unternehmen haben, diese in nicht her-

der Dritten Welt kommt (Wichterich zitiert nach Nutz 2011: 107).

kömmlichen Strukturen entsprechen, andere Effizienzkriterien und Entscheidungsstrukturen haben und gewohnte Prozederes nicht eins zu eins übertragen werden können. Alternative Unternehmen sind dahingegen häufig wenig erfahren im Umgang mit konventionellem finanziellem Management und den Gepflogenheiten von Banken und BankerInnen (Gubitzer 1989: 181ff). So haben sich bei Projekten alternativen Wirtschaftens auch alternative Formen der Finanzierung herausgebildet, die in unterschiedlichem Maße auf Eigen-, Fremd- und staatliche Finanzierung oder Förderung setzen.

Die Finanzierung beeinflusst das Unternehmen in verschiedener Hinsicht, nämlich als:

³⁵/₁₇ Anschubfinanzierung;

³⁵/₁₇ Bereitstellung von Liquidität (besondere Ereignisse und/oder Krisen);

³⁵/₁₇ Investitionen;

³⁵/₁₇ Möglichkeiten zur Veranlagung (Art und Motive der InvestorInnen);

³⁵/₁₇ Finanzierungsstruktur und Mitsprache der Financiers und deren Motive.

Analog zu den Wirtschaftsformen habe ich im Folgenden die Finanzierungsformen aus der Literatur zusammengestellt.

Finanzierungsmodelle der alternativen Ökonomie

Bewertungskriterien:

B = Bedarfsorientiertheit

Ö = Ökologische Belange

D = Demokratische Mitbestimmung

G = Intention, Gesellschaft zu verändern

- = klein / keine unmittelbare Priorität

~ = mittelgroß

* = unterschiedlich / nicht zu beurteilen

+ = groß

	Elsen (2007)	Notz (2011)	Voß (2010)	Priorität				Finanzierungsmodell Anmerkungen / Kennzeichen
				B	Ö	D	G	
Public Private Partnership (PPP)	x		x	*	-	-	-	³⁵ / ₁₇ Investition für öffentliche Leistungen oder Infrastruktur gegen Rendite. ³⁵ / ₁₇ Häufig Verlust politischer Mitbestimmung, bzw. Mitbestimmung der InvestorInnen.
Benefitzveranstaltung		x		*	*	-	-	³⁵ / ₁₇ Notz 2011: 31. ³⁵ / ₁₇ "One dollar, one vote"
Fund Raising		x		*	*	~	-	³⁵ / ₁₇ Notz 2011: 31. ³⁵ / ₁₇ "One dollar, one vote"
Crowd Funding				*	*	~	-	³⁵ / ₁₇ Projektbezogene Finanzierung gegen Produkt oder Leistung. ³⁵ / ₁₇ Evtl. Finanzierung einer prekären Tätigkeit. ³⁵ / ₁₇ Einfache Form der Mittelbeschaffung ohne Finanzintermediär. ³⁵ / ₁₇ "One dollar, one vote".

Mikrokredit	x		x	-	*	-	~	³⁵ ₁₇ Kapital für Investment gegen Zins und häufig soziale Verpflichtung der Gläubiger.
BürgerInnenfonds / Partizipationskapital				~	*	-	-	³⁵ ₁₇ Kapital für erwünschtes Investment. Evtl. eigener Gebrauch, Bezahlung mit Produkt. ³⁵ ₁₇ Meistens "one dollar, one vote"
Community-Development Credit Unions	x			+	*	-	-	³⁵ ₁₇ "Selbsthilfebasierte und gemeinwesenbezogene Finanzierungsinstrumente". Fokus: Unterstützung finanziell Benachteiligter auf lokaler Ebene auf der Basis alternativer Bonitäts-Kriterien. V.a. USA,GB, Kanada (Elsen 2007; 227ff).
Alternative Banken	x		x	~	~	-	-	³⁵ ₁₇ Verzicht auf hohe Rendite für ethisches Investment und evtl. Sicherheit. Kredite gegen Verpflichtung des Wirtschaftens nach bestimmten Kriterien.
Soziale Unternehmen	x			+	*	-	-	³⁵ ₁₇ Risikofinanzierung durch GeldgeberInnen vs. Arbeitsleistung und soziale Verpflichtung.
Solidarische KonsumentInnen			x	-	*	~	-	³⁵ ₁₇ Fairer, ethischer und ökologischer Konsum ³⁵ ₁₇ "One dollar, one vote".
Stiftungen / Sponsoring	x	x	x	+	*	-	-	³⁵ ₁₇ Mäzene bzw. gemeinschaftlich eingezahlte Mittel nach institutioneller Vereinbarung (z.B. Gewerkschaftsstiftung). ³⁵ ₁₇ "One dollar, one vote".
Erbschaften		x		+	*	-	-	³⁵ ₁₇ Notz 2011: 31 ³⁵ ₁₇ "One dollar, one vote"
Spenden		x		+	*	-	-	³⁵ ₁₇ Notz 2011: 31 ³⁵ ₁₇ "One dollar, one vote"
Verbände und Unterstützungsstrukturen		x	x	+	*	~	+	³⁵ ₁₇ UnterstützerInnenkreise (z.B. für Kongresse), beratende Institute (Voss 2011: 70f).
Eigenfinanzierung: Selbstverwaltete Wirtschaft	x	x	x	*	*	+	*	³⁵ ₁₇ Finanzierung gegen Zugriff und Eigentum auf Produktionsmittel und Produkt. ³⁵ ₁₇ Keine Mittelabflüsse an "ArbeitgeberInnen" (Elsen 2007: 173).
Commons		x		+	+	+	~	³⁵ ₁₇ Nutzungsrecht (Zugriff und Gegenleistung unterschiedlich inklusiv oder exklusiv nach sozialen Regeln).
Tauschökonomie	x	x	x	+	~	~	~	³⁵ ₁₇ Tausch von Waren oder Dienstleistungen.
Regionalwährung / Komplementärwährung	x	x	x	+	~	+	-	³⁵ ₁₇ Beschränkung auf Waren oder Dienstleistungen, die gegen Regionalwährung zu kaufen sind gegen Förderung der regionalen Wirtschaft / Stärkung der Kaufkraft.
Zeitbanken / Zeitwährung	x		x	+	+	+	-	³⁵ ₁₇ Tausch von Dienstleistung in der Gegenwart gegen Dienstleistung in der Zukunft.
Schenken / Umsonstläden		x	x	+	~	+	+	³⁵ ₁₇ Schenken und Nehmen.
Kommune		x	x	+	*	+	*	³⁵ ₁₇ Einbringen von Kapital, Waren, Arbeitsleistung, sozialen Qualitäten gegen Nutzung der Ressourcen der Kommune. Teilweise Selbstversorgung.
Subsistenz - Urbane		x	x	+	~	+	-	³⁵ ₁₇ Nutzung natürlicher Ressourcen und von eigener Arbeit zur Befriedigung eigener Bedürfnisse des

Landwirtschaft / Gemeinschaftsgärten (als Dualwirtschaft) - Ernährungssouveränität - umfassend		x x x x	x						+ ~ + ~ + + + + + + + +	“guten Lebens” bzw. von Bedürfnissen einer umgrenzten Gruppe. Das Bestehende erhält sich aus sich selbst heraus.
Staatlich geförderte Bereiche der Sozialwirtschaft oder Solidarischen Ökonomie	x	x	x	*	*	~	~	³⁵ / ₁₇	Zahlungen oder institutionelle Vorteile gegen Verpflichtung zum wirtschaften nach sozialen Grundsätzen bzw. den jeweiligen Vorgaben.	
Steuern		x		+	*	*	~	³⁵ / ₁₇	Finanzierung politisch erwünschter Projekte über steuerfinanzierte Ausgabenpolitik. Investitionslenkung möglich (Gubitzer 1989).	
Planwirtschaft				+	*	~	*	³⁵ / ₁₇	Wirtschaften im Auftrag der planenden Instanz des Staates. Nutzung der Produktionsmittel und Beteiligung an Erwirtschaftetem gegen Arbeit oder zugeteilte Funktion.	

Es fällt auf, dass auch hier unterschiedlichste Finanzierungsformen zu finden sind. Wie bei den Formen der Projekte kann die gleiche Finanzierungsform sowohl profit- als auch bedarfsorientiert sein (z.B. bringt Partizipationskapital in bestimmten neueren Projekten der alternativen Wirtschaft weniger Ertrag, wenn InvestorInnen auf eine Maximalrendite verzichten zugunsten anderer Ziele wie ökologischer Landwirtschaft). Alternative Formen von Investment bzw. der Geldbeschaffung können einerseits profitorientiert sein (wenn die Beschaffung von Geld über Märkte billiger ist als die herkömmliche Finanzierung). Sie können aber auch Projekte finanzieren, für die anderenfalls keine Mittel bereitgestellt worden wären.

Bei der Finanzierung spielt außerdem die Einflussnahme der GeldgeberInnen eine wichtige Rolle. Wenn Kapital breit gestreut ist können GeldgeberInnen (in der Theorie) weniger direkten Einfluss ausüben. Das normalerweise in Genossenschaften angewandte Prinzip “eine Person, eine Stimme” steht im Gegensatz zum Prinzip “one dollar, one vote”. Letzteres ist in vielen Finanzierungsformen vorherrschend, so dass die Tätigen teilweise vom Wohlwollen von GeldgeberInnen abhängig sind und nur begrenzt vorausschauend planen können (z.B. bei Spenden oder Erbschaften). Die unverteilende Wirkung von oben nach unten, die Steuersysteme unter Berücksichtigung der Ausgaben in den meisten entwickelten Staaten haben (Bsp. Österreich s. Lunzer 2006), ist hier nicht zu finden. Reiche Personen haben somit bei bestimmten Projektformen überproportional große Gestaltungsmöglichkeiten im Vergleich zu steuerfinanzierten Projekten.

Die meisten Akteure grenzen sich sowohl von der kapitalistischen Wirtschaftsweise, als auch von staatlicher Planung ab. In der Realität sind Initiativen des dritten Wegs und staatliche Institutionen derzeit stark gekoppelt: über unterstützende Institutionen, steuerfinanzierte Unterstützungen und

durch die Eingebundenheit in staatliche Infrastruktur. Ob es tatsächlich zu einer progressiven Verbesserung kommt, wenn die Beteiligten Regeln im Bereich des dritten Sektors selbst aushandeln, oder ob stattdessen eine stärkere Entbettung sozialer Gefüge durch Vermarktlichungstendenzen einsetzt, ist in vielen Fällen unklar. Für eine erste Einschätzung betrachte ich in der Folge neuere Berichte über alternatives Wirtschaften.

Alternatives Wirtschaften in der Tagespresse

Im folgenden habe ich aktuelle Presseberichte in Form einer Inhaltsanalyse herangezogen, und zwar die ersten 100 Artikel (nach Datum) der Tageszeitung 'der Standard', die unter dem Stichwort 'alternatives Wirtschaften' oder 'alternative Wirtschaft' angezeigt wurden, und zwar im Zeitraum der letzten drei Jahre (2011-2014). Außerdem habe ich alle 25 Artikel zum gleichen Stichwort in dem Wochenmagazin 'DIE ZEIT' verwendet, die in den letzten drei Jahren dort erschienen sind. Die Artikel betrachte ich um herauszufinden a) welche Arten von Projekten oder Institutionen heute unter dem Stichwort 'alternatives Wirtschaften' aufgeführt werden, b) um zu beurteilen, welche Rolle darin die Überwindung der Profitlogik und GeldgeberInnen spielt und c) ob weitere Kriterien wie eine Demokratisierung der Wirtschaft, ökologische Gerechtigkeit oder gesellschaftlicher Wandel angesprochen werden.

Alternatives Wirtschaften in der ZEIT (Stichwort 'alternatives Wirtschaften'):

<i>Form alternativen Wirtschaftens</i>	<i>Genannte Beispiele</i>	<i>Bewertung nach Kriterien Profit- oder Bedarfsorientierung, Ökologische Belange, Demokratische Mitbestimmung, Veränderung der Gesellschaft</i>
Strukturelle Änderungen durch Politik	Agrarpolitik, Klimakonferenzen, Enquete-Kommission Wachstum, Sozialismus im 21. Jahrhundert.	Breites Spektrum an Vorschlägen für Veränderungen (Reformen zur Eindämmung der Profitlogik, internationale Governance, komplette Umstellung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems nach Bedarfsorientierung).
Strukturelle Änderungen des Geld- und Währungssystems	Schwundgeld, Regiowährungen.	Verbesserung des Systems der Profitlogik (Schaffung von Kaufkraft, Stärkung der regionalen Wirtschaft). Teilweise Beschleunigung von Wachstum (Schwundgeld).
Einsatz von Technik / Technologie	Green Economy und Green Entrepreneurship; Connectivity als digitale Vernetzung zwischen Menschen und Dingen.	Ökologische Reformen innerhalb der Profitlogik. Schaffung technischer Hilfen u.a. zur Selbstorganisation (die bedarfsorientiertes Wirtschaften vereinfachen).

Technisch-soziale Projekte	Agenda 21 und grünes Stadtprojekt in Brasilien, Seilbahnprojekt in Kolumbien finanziert über Verkauf von Emissionszertifikaten.	Umsetzung technischer Verbesserungen durch gemeinschaftliches Handeln innerhalb der Profitlogik.
Alternative Wirtschaftsmodelle		
³⁵ ₁₇ Selbstversorgung	Kommunale Selbstversorgung durch BürgerInneninitiativen bei der Energie- und Wasserversorgung, Gärtnern; Urbanes Gärtnern.	Tendenziell selbstorganisierte Bedarfsorientierung
³⁵ ₁₇ Prosum	Community Supported Agriculture (CSA).	Wirtschaften nach gemeinsam festgelegten Regeln. Ökologie und stärkere Mitbestimmung über Produktion. Gewisse Abhängigkeit von ProduzentInnen gegenüber KonsumentInnen.
³⁵ ₁₇ Schenken, Nutzen und Tauschen statt Besitz	Couchsurfing, UBER, Share Economy, Tauschevents, Schenkläden.	Bedarfsorientierung. Befriedigung gesteigerter Konsumbedürfnisse durch Tausch (Klamottentauschparty); Fetischisierung von Waren.
³⁵ ₁₇ Neugründung von Genossenschaften und Unternehmen mit betrieblicher Selbstorganisation		Mitbestimmung und Bedarfsorientierung.
³⁵ ₁₇ Reform durch marktförmigen Wandel	³⁵ ₁₇ Griechische Qualitätsprodukte für den Export; ³⁵ ₁₇ Kommerzialisierung von Share Economy.	Profitlogik (Qualitätsmärkte). Vermarktlichung von ursprünglich bedarfsorientierten Projekten.
Wertewandel, moralische Qualitäten und Change Agents	³⁵ ₁₇ Buddhistische "Achtsamkeit" als Wirtschaftsmoral; ³⁵ ₁₇ Planer und engagierte BürgerInnen auf lokaler Ebene; ³⁵ ₁₇ die "ich-Kultur" wird zur "wir-Kultur" bei der Tauschparty.	Selektiver Wandel auch im Sinne der Profitlogik mit hohen moralischen Ansprüchen an Personen / eine Gruppe. Wandel durch BürgerInnen mit besonderen Qualitäten. Zelebrieren von Waren und sparen von Ressourcen durch kollektive Inszenierung von Mehrfachnutzung.

Alternatives Wirtschaften im *Standard* (Stichwort 'alternatives Wirtschaften' (4) und 'alternative Wirtschaft'):

<i>Form alternativen Wirtschaftens</i>	<i>Genannte Beispiele</i>	<i>Bewertung nach Kriterien Profit- oder Bedarfsorientierung, Ökologische Belange, Demokratische Mitbestimmung, Veränderung der Gesellschaft</i>
Strukturelle Änderungen durch Politik	Forderungen zu Wachstum, Gutem Leben, Verteilungsfragen, sozialdemokratischer Politik (geäußert von Ulrich Brand und Karl-Georg Zinn).	Politische Steuerung in Richtung weitreichender Bedarfsorientierung.
Strukturelle Änderungen des Geld- und Währungssystems	Vollgeld (u.a. nach Joseph Huber), Euro und Lokalwährungen.	Verbesserung des Systems der Profitlogik (Schaffung von Kaufkraft, Stärkung der regionalen Wirtschaft).
Einsatz von Technik / Technologie	Umwelttechnik, Quantentriebwerk,	Technische Innovation innerhalb der

Internetbasierte Finanzdienstleistungen und Unternehmen	Raumschiff, Fleisch aus Labor, Grünes Wohnen (Einzelobjekte), energiesparender Asphalt u.v.m. Kryptowährungen / Bitcoins, Risikofinanzierung, alternative Investmentfonds, Internetbank Fidor, Direktbank, Social Lending und Crowd Funding als kommerzielles Geschäftsmodell.	konventionellen Wirtschaft. Teilweise mit Umweltaspekt. Profitorientierte Strategien (Eroberung von Marktanteilen von Banken); Vermarktlichung ursprünglich bedarfsorientierter Wirtschaftsformen durch profitorientierte InvestorInnen.
Alternativ im Sinne von nicht-traditionell	Hedgefonds, Risikokapital, Mediaquarter, Start-Ups, Unternehmensgeschichte Nestlé.	Starke Profitorientierung. “One Dollar - one vote”.
Genossenschaft	Pläne des “sozialen Unternehmers” Staudinger für einen neuen Genossenschaftsverbund und die Unabhängigkeit von Großbanken.	Tendenziell Bedarfsorientierung; Veränderung der Gesellschaft über Mikroebene.
Selbstversorgung	Selbstversorgung (Landwirtschaft) im Nebenerwerb / Freizeit. Wiederentdeckung alter Berufe (‘Sensenmähwissen’).	Bedarfsorientierung, bzw. Erlernen von Kompetenzen zur Selbstversorgung.
Ökologische Unternehmen	Biolandwirtschaft (Rückgang; Förderung nach weniger Fleischkonsum).	<i>Mission shift</i> von Unternehmen (LandwirtInnen) unter Marktdruck. “One Dollar - one vote”.
Gemeinwohlökonomie	Bericht über Aktivist eines ‘Gemeinwohlökonomie-Kraftfeldes’.	Änderungen wirtschaftlicher Institutionen ausgehend von der Mikroebene; zugleich Änderungen auf der Makroebene (Geldsystem).
Feministische Ökonomie	Fortbildung zu “feministischer Ökonomie” und Coaching von Frauen.	Bewusstseins-schaffung für feministische Ökonomie innerhalb des profitorientierten Systems.
Wertewandel, moralische Qualitäten und <i>Change Agents</i>	Authentische Arbeitskultur, Unternehmerpersönlichkeiten.	Selbstoptimierung im Sinne der Profitlogik zu Gunsten der Gesellschaft.

Zu den Inhalten der Berichterstattung in der untersuchten Medien zum Stichwort “alternatives Wirtschaften” fällt auf, dass Modelle nebeneinander stehen, die sich in puncto Bedarfs- und Profitorientierung, der Verfolgung ökologischer und demokratischer Belange und ihrem Anspruch an gesellschaftliche Veränderung grundlegend unterscheiden. In der Presse werden eine Vielzahl von Projekten dem alternativen Wirtschaften zugeordnet, die in der Fachliteratur nicht darunter erfasst werden, weil sie nicht die entsprechenden Kriterien erfüllen. Dabei handelt es sich v.a. um innovative Technologie und neuartige Geschäftsmodelle. Selbst Hedgefonds und Risikokapital fungieren in der Presse unter dem Label ‘alternative Wirtschaft’, was darauf hindeutet, dass ‘Wording-Strategien’ des Finanzsektors, also die suggestive Umdeutung von Bezeichnungen aus dem alternativen Sektor, unhinterfragt von der Presse übernommen werden. Der Standard berichtet ausgiebig über technische Innovationen im Rahmen der konventionellen Wirtschaftslogik, die auch Umwelttechnologien oder deren Anwendung umfassen. Außerdem kommt häufig der Topoi der ‘Unternehmerpersönlichkeit’ / des ‘Unternehmerischen’ vor. Dabei wird nahegelegt, dass alternative Projekte durch die besondere

Tatkraft und Qualitäten einzelner Personen umgesetzt werden. Unter anderem wird der Einsatz buddhistischer Lehren als Managementpraxis als Indiz eines einsetzenden Wertewandel gesehen, wobei auch auf die Gefahren einer der profitorientierten Selbstoptimierung hingewiesen wird. Viele Berichte über konkrete Projekte beziehen sich v.a. auf pragmatische, weniger auf gesellschaftliche oder strategische Fragen⁷. In der Berichterstattung werden Projekte häufig nicht im Gesamtsystem oder ihrer Vernetzung besprochen (etwa technische Neuerungen im Zusammenhang mit dem Rebound-Effekt). Eine Ausnahme stellen Beiträgen zu (wirtschafts-)politischen Maßnahmen dar, die von Wissenschaftlern verfasst wurden, die der Degrowth-Bewegung nahestehen wie Ulrich Brand, Karl-Georg Zinn und Elmar Altvater.

Auffällig ist außerdem, was *nicht* genannt ist: Die für die Transition Bewegung zentralen Begriffe der *Permakultur* oder *Resilienz* (die in den Zeitungen in anderen Kontexten thematisiert werden) werden nicht mit alternativem Wirtschaften in Verbindung gebracht. Möglicherweise liegt das trotz vergleichbarer Ziele daran, dass die soziale und ökologische Bewegung bislang häufig parallel voneinander agiert haben, bzw. dass die Verbindungen nicht wahrgenommen wurden. Ein anderer möglicher Grund kann der unterschiedliche theoretische Hintergrund der Bewegungen sein. Systemische Zusammenhänge zwischen Wirtschaftssystem und Krisensymptomen (Übernutzung von Ressourcen, private Bereicherung vs. öffentliche Finanznot, Lebensmittelskandale, Misswirtschaft etc.) werden selten thematisiert; am ehesten im Zusammenhang mit der Kritik an Geldsystemen, daneben auch in wenigen Stellungnahmen von Wachstumskritikern. Anders als in der benutzten Fachliteratur werden Krisenursachen in den meisten Artikeln entweder nicht angesprochen oder als persönlich-moralische Haltung oder eine Erscheinung des Zeitgeists (die "ich-Kultur") beschrieben.

Aus den Artikeln geht hervor, dass verschiedene Formen bedarfsorientierten Wirtschaftens aus zwei Gründen unter Marktdruck geraten. Einerseits fehlen institutionelle Regelungen für ethisches Wirtschaften, so dass die Unternehmen mittelfristig Nachteile auf Märkten haben, weil freiwillige Verpflichtungen von KonsumentInnen oder ProsumentInnen immer wieder erneuert werden müssen. So gibt es beispielsweise einen Druck zum "Billig-Bio"⁸. Andererseits besteht Vermarktlichungsdruck durch KapitalanlegerInnen und UnternehmerInnen ("Start-Ups") auf der Suche nach profitablen Geschäftsmodellen. AnlegerInnen gehen so vor, dass sie aus sozialen Motiven (z.B. Tauschen aus Konsumverzicht) entstandene Praktiken über Internetplattformen oder Realwirtschaft derartig umgestalten, dass sie praktisch zu nutzen sind. Für diese Leistungen verdienen sie "mit" – auf Kosten

7 Durch die Analysemethode bezieht sich die Beobachtung nicht auf die Intentionen der Projektbeteiligten, bzw. den essentiellen Gehalt der Projekte, sondern auf die Inhalte der Berichterstattung.

8 Der amerikanische Autor und Landwirt Smith (2014) berichtet in der New York Times von Überlebensschwierigkeiten US-amerikanischer Landwirte, sich über alternative Projekte mittelfristig zu finanzieren aufgrund der Abwanderung von KundInnen zu billigeren AnbieterInnen und der Konkurrenz mit wohlhabenden "Hobby-Landwirten".

der Interagierenden. Da letztere quasi zugleich als NutzerInnen, wie als als UnternehmerInnen auftreten, also selbst Produktionsmittel bereitstellen und den Service organisieren, entfallen größere Investitionen oder Risiken. So vermitteln etwa AnbieterInnen von Finanzdienstleistungen Kredite von Kunde zu Kunde. Dabei fällt auf, dass profitorientierte AnbieterInnen häufig Kritik an konventionellen Systemen (Banken, dem Staat) äußern, die von einer breiten Bevölkerung geteilt wird. Wenn Akteure mit Profitinteressen ursprünglich bedarfsorientierte Geschäftsmodelle besetzen, können sich die Vorteile in das Gegenteil verkehren⁹. Die Gefahr ist besonders groß, wenn die (meistens ökonomische) Macht der Beteiligten, v.a. der GeldgeberInnen, unterschiedlich groß ist, und wenn eine Seite die Bedingungen fixieren kann und die andere Seite abhängig ist. Anders verhält es sich, wenn die Beteiligten über alternatives Wirtschaften eine stärkere Autonomie gewinnen. In der Presse wird auch von einem Trend zur Bedarfsorientierung berichtet, z.B. bei Selbstversorgung auf kommunaler Ebene. Diese ist in vielen Fällen auf schlechte Erfahrungen mit Privatisierungen zurückzuführen. Die Beteiligten gewinnen (auch ökonomisch) durch eine Form des alternativen Wirtschaftens, und zwar aufgrund der besseren Organisation (aufgrund der Kenntnis der spezifischen Bedürfnisse und Mittel), der Anwendung kreativer Lösungen durch Mitdenken der Beteiligten und der Bereitschaft, aktiv mitzugestalten. Außerdem verbleiben die Profite bei den Wirtschaftenden oder werden reinvestiert.

Ich schließe, dass in der Presse als progressiv dargestellte Projekte vom Standpunkt einer erwünschten stärkeren Bedarfsorientierung, einer stärkeren ökologischen und demokratischen Komponente, konventionell oder sogar rückschrittlich sein können. Die Beteiligten müssen in vielen Fällen aktiv gegen die Profitlogik anarbeiten. Wenn die kritische Masse an “progressiven Projekten” jedoch zunehmen sollte, sich Personen darüber organisieren, im Trial- und-Error-Verfahren alternative Lösungen testen und Denkprozesse anstoßen, können die Projekte jedoch eine Eigendynamik entfalten, die über den Rückzug ins Private und die Nischenstrategie hinausgeht und Alternativen in der Krise bieten.

Schlussfolgerung

Mit dem proportionalem Rückgang der Staatseinnahmen (bei privaten Vermögenszuwächsen und steigenden Unternehmensgewinnen), bzw. einer steigenden öffentlichen Verschuldung und der verfolgten Austeritätspolitik, werden in den meisten Ländern der EU öffentliche Ausgaben und Investi-

⁹ Philipp Mader hat die Umkehrung der Intention am Beispiel der Mikrokredite deutlich gemacht. Die soziale Einbindung der Kreditnehmerinnen führt im Fall geschäftlichen Misserfolgs dazu, dass die gescheiterten Personen in höherem Maß sozial sind als ohne Kreditvergabe, was sich in einer hohen Selbstmordrate unter KreditempfängerInnen äußert (Mader 2014). Während anfangs GeldgeberInnen mit emanzipatorischem Hintergrund vertreten waren, vergeben nun auch konventionelle Banken stark renditeträchtige Mikrokredite.

tionen zurückgehen. Ehemals steuerfinanzierte Leistungen werden teilweise durch private InvestoInnen kompensiert, teilweise durch Formen gemeinschaftlichen Wirtschaftens bzw. der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen (Mittendrein 2013; Beispiele s. Helfrich 2012 und Jensen 2011), ebenso durch gemeinschaftliche Formen der Finanzierung (wie BürgerInnenfonds und Crowd Funding). Diese neuen Formen der Bedarfsdeckung und Finanzierung werden einerseits als emanzipatorisches Potential erlebt und dargestellt, andererseits als Ökonomisierung vormals öffentlicher, nach politischer Logik gestalteter Sektoren.

Aus der derzeitigen Situation wird die Rolle des unregulierten Marktes, sowie des Staates gleicherweise kritisch gesehen. BefürworterInnen eines starken Staates argumentieren, dass Steuern im Idealfall sowohl die demokratische Verfügung über Gelder garantieren und Möglichkeiten der Steuerung über ihre Lenkungswirkung bieten (z.B. Umweltsteuern). Besteuerung kann jedoch mit einem ähnlichen Argument hinterfragt werden, wie die zentrale Planwirtschaft: Wirtschaftende wissen am besten, wofür sie Mittel einsetzen, bzw. wofür das Gemeinwesen sie benötigt und können unter Berücksichtigung lokalen Wissens selbst möglichst optimale Regelungen aushandeln und gestalten. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie sich marktförmig verhalten müssen. Allmenden funktionieren durch die vielfältige Kombination von öffentlichen und privaten Hilfsmitteln (Ostrom 1999: 237). Wenn jedoch staatliche Gewalt korrumpiert ist, bzw. es zu einer Symbiose von Interessen zwischen Staat, Gläubigern und Großunternehmen kommt und Gläubiger politische Macht zum eigenen Vorteil nutzen, wie es schon Rudolf Goldscheid (1976 [1917]) in den 20er Jahren beobachtete, sinkt das Vertrauen in eine sinnvolle Allokation von Ressourcen durch den Staat.

Zentrale Systeme haben jedoch auch Vorteile, die nicht unüberlegt aufgegeben werden sollten. Die Aushandlung von Regeln und die Erbringungen gemeinschaftlicher Dienstleistungen und Beschaffung von Gütern ist in komplexen Gesellschaften schwerer zu bewerkstelligen als in überschaubaren agrarischen. Wenn BürgerInnen ihr Leben selbst gestalten wollen, erfordert dieses auch einen großen Aufwand (z.B. Müllentsorgung, Wasserversorgung, Bildung, Gesundheitssysteme, Infrastruktur). Es ist unwahrscheinlich, dass in allen Bereichen eine umfassende Beteiligung möglich ist. Auch in anfangs nicht arbeitsteilig angelegten Projekten mit Rotationsprinzip bildeten sich mit der Zeit arbeitsteilige Strukturen aus (Notz 2012: 96). Es kommt also aufgrund von Komplexität zur Delegation von Aufgaben, im herkömmlichen System entweder an private Unternehmen oder an öffentliche Angestellte, Beamte und/oder Institutionen. Dabei unterscheiden sich öffentliche AnbieterInnen von Privaten dadurch, dass sie Wissen weitergeben. Eine Bereitstellung und Weitergabe von Leistungen an die Öffentlichkeit ist auch im Rahmen von Institutionen oder Unternehmen des alternativen Wirtschaftens möglich.

Bei nicht-steuerfinanzierten Projekten, auch bei ansatzweise progressiven, wird häufig übersehen, dass sie von Standpunkt der Verteilung von Ressourcen innerhalb der Gesellschaft Nachteile bieten. So gilt bei verschiedenen Finanzierungsformen die Regel ‘one-dollar-one-vote’. Damit wird reichen Personen ein überproportionaler Einfluss eingeräumt. Steuersysteme haben hingegen, trotz zunehmender Bevorteilung von Unternehmensgewinnen und Kapitalvermögen, insgesamt vom Standpunkt der Nutzung der Leistungen eine rückverteilende Wirkung (Lunzer 2006). Alternative Formen der Finanzierung müssen sich nicht primär – wie in der Presse häufig praktiziert – an einer idealisierten Marktwirtschaft orientieren. Stattdessen können auch Steuersysteme unter der Frage betrachtet werden, wie diese im Sinne einer alternativen Ökonomie gestaltet werden können. Beispielsweise haben in skandinavischen Steuersystemen Kommunen eine wichtige Funktion; BürgerInnen haben einen direkten Bezug zur Verwendung der Gelder und können über Lokalpolitik Einfluss nehmen (Hentschel 2013: 95-117).

Kurz gedacht ist außerdem die häufig geäußerte Forderung nach Konsumverzicht. Wenngleich Wirtschaftswachstum keinen Wohlstand für alle bringt, führt eine Schrumpfung höchstwahrscheinlich aufgrund zurückgehender Nachfrage zu Entlassungen, einem Rückgang der Steuereinnahmen und Armut, sofern die Leistungen nicht durch Selbstversorgung kompensiert werden. Bislang gibt es aber nur ansatzweise Konzepte, wie der Übergang in eine Postwachstumsökonomie sozial verträglich gestaltet werden kann und welche neuen Formen der Arbeit möglich sind. Ansätze finden sich bei Reuter (2010) oder Kratzwald (2014), bzw. wird ein kontrovers diskutiertes Grundeinkommen vorgeschlagen.

Die Weite des Begriffs “alternatives Wirtschaften” wirkt zwar inklusiv; sie kann andererseits aber zur Vereinnahmung von Projekten führen. Eine ständige aktive und kritische Überprüfung von Projekten ist ebenso notwendig wie die Institutionalisierung der in der Nische entwickelten Praktiken als Norm (Gesetze, Förderungen, Vergabepraktiken etc.), wenn die Errungenschaften sich nicht ins Konventionelle zurück entwickeln sollen. Dazu müssten systematisch weitere Kriterien erfasst werden und die Mikroebene mit Konzepten auf der Makroebene verknüpft werden. Einen inkrementellen Wandel halte ich jedoch auch innerhalb eines profitorientierten Systems nicht für aussichtslos, weil Ideen von der Wirtschaft das Handeln beeinflussen (MacKenzie 2007). Sozialpsychologen haben eigennütziges Verhalten untersucht. Dabei haben sie festgestellt, dass Personen ihr Verhalten häufig im Sinne einer ihr wichtigen Bezugsgruppe gestalten und oft altruistische Motive haben. Da ihnen vermittelt wurde, dass die Verfolgung des Eigeninteresses nach Adam Smith letzten Endes der Gesellschaft dient, orientieren sie sich aus Pflichtbewusstsein an der Norm, nicht aber aus Eigeninteresse (Miller/Ratner 1996).

Literaturverzeichnis

- Bertolini, Rita (2012): *Allmeinde Vorarlberg. Von der Kraft des gemeinsamen Tuns*. Buch (und Film) entstanden nach einer Idee der Vorarlberger Raiffeisenbanken. Bregenz: Bertolini.
- Crouch, Colin (2011): *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*, Berlin: Edition Surkamp.
- Deppe, Frank (2013): *Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand*. Hamburg: VSA.
- Deutscher Bundestag (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Eingesetzt durch Beschluss des Deutschen Bundestages vom 1. Dezember 2010. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf> [31.07.2014].
- Elsen, Susanne (2007): *Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und -verteilung*. Weinheim u.a: Juventa.
- Embshoff, Dagmar; Giegold, Sven (2008): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. In: Sven Giegold und Dagmar Embshoff (Hg.): *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA-Verlag, S. 11–24.
- Enjolras, Bernard (1995): Comment expliquer la présence d'organisations à but non lucratif dans une économie de marché?: l'apport de la théorie économique. In: *Revue française d'économie*, Volume 10 N°4, pp. 37-66.
- Exner, Andreas; Lauk, Christian (2011): Das Wachstum des Kapitals – seine Grundlagen und Grenzen. In: Werner Rätz und Tanja v. Egan-Krieger u.a. (Hrsg.): *Ausgewachsen!*, Hamburg: VSA-Verlag, S.18-30.
- Felber, Christian (2012): *Die Gemeinwohl-Ökonomie*, Wien: Deuticke.
- Goldscheid, Rudolf (1976/1917): Staatssozialismus oder Staatskapitalismus. In Hickel, Rudolf (Hg.): *Die Finanzkrise des Steuerstaats. Beiträge zur politischen Ökonomie der Staatsfinanzen*. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 40-252.
- Gubitzer, Luise (1989): *Geschichte der Selbstverwaltung*. 1. Aufl. München: AG-SPAK-Publikationen.
- Helfrich, Silke (Hg.) (2012): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*. Bielefeld: Transcript-Verl.
- Hentschel, Karl-Martin (2013): *Von wegen alternativlos! Die gerechte Gesellschaft als Ziel*. Zürich: Europa Verlag AG Zürich.
- Jackson, Tim (2011): *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*, München: oekom verlag.
- Jensen, Annette (2011): *Wir steigern das Bruttosozialglück. Von Menschen, die anders wirtschaften und besser leben*, Freiburg im Breisgau: Herder.
- Kultur. Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft (2012): „Allmeinde Vorarlberg – Von der Kraft gemeinsamen Tuns“ – Rita Bertolini nimmt ein aktuelles Thema auf. <http://kulturzeitschrift.at/kritiken/literatur/201eallmeinde-vorarlberg-2013-von-der-kraft-gemeinsamen-tuns201c-2013-rita-bertolini-nimmt-ein-aktuelles-thema-auf>, [30.07.2014].
- Kratochvil, Ruth; Engel, Astrid; Schumacher, Ulrich; Ulmer, Harald (2005): Die „Konventionalisierungsfälle“. Ökologischer Landbau zwischen Vision und Realität. In: *Ökologie & Landbau* 136, 4,

S. 48–50.

Kratzwald, Brigitte (2014): *Zwischen Lust und Notwendigkeit. Selbstorganisation jenseits der Lohnarbeit*. Sulzbach (Taunus): Ulrike Helmer Verlag.

Lunzer, Gertraud (2006): Struktur und Verteilungswirkung des österreichischen Steuersystems. In: *Kurswechsel* (1), S. 14–24.

MacKenzie, Donald A. (2007): *Do economists make markets? On the performativity of economics*. Princeton NJ u.a.: Princeton Univ. Press.

Mader, Philip (2014): Mikrofinanz zwischen 'Finanzieller Inklusion' und Finanzialisierung, in: Marcel Heires; Andreas Nölke (Hrsg.): *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*, Wiesbaden: Springer, S. 163–77.

Miller, Dale; Ratner, Rebecca (1996): The Power of the Myth of Self-Interest. In: Montada, Leo; Lerner, Melvin: *Current Concerns about Justice*, New York / London: Plenum Press, S. 25-48.

Minkoff, Debra; Powell, Walter W. (2006): Nonprofit Mission: Constancy, Responsiveness, or Deflection? In: Walter W. Powell und Richard Steinberg (Hg.): *The Nonprofit Sector. A Research Handbook*, Yale University Press, S. 591–609.

Mittendrein, Lisa (2013): *Solidarität ist alles was uns bleibt. Solidarische Ökonomie in der griechischen Krise*, Neu-Ulm: AG-SPAK-Bücher.

Neckel, Sighard (2010): *Refeudalisierung der Ökonomie: Zum Strukturwandel kapitalistischer Wirtschaft* <<http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp10-6.pdf>> [13.06.2012]

Ostrom, Elinor (1999): *Die Verfassung der Allmende. Jenseits von Staat und Markt*, Tübingen: Mohr Siebeck.

Ötsch, Silke (2015): The Architect: a disappearing species in a financialised space? In: Juliet Odgers, Mhairi McVicar und Stephen Kite (Hg.): *Economy and Architecture*: Routledge, i.E.

Ötsch, Silke (2013): ArchitektInnen zwischen Paternalismus und Kundenorientierung: Berufsethik, Finanzkriterien und die NutzerInnen in zeitgenössischen kapitalistischen Ökonomien. In: *Momentum Quarterly* 2 (4), S. 183–195.

Ötsch, Silke (2012): Die Normalität der Ausnahme: Finanzoasen als Parallelökonomie von Eliten und die ausbleibende Regulierung. In: *Momentum Quarterly* 1 (1), S. 27–44.

Ötsch, Silke; Di Pauli, Celia (2012): Steueroasen: Ein paradiesisches Rechtssystem für die Minderheit der Reichen. In: Andreas Kriwak und Günther Pallaver (Hg.): *Medien und Minderheiten*, Innsbruck: Innsbruck University Press, S. 293–321.

Peukert, Helge, *Die große Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise: Eine kritisch-heterodoxe Untersuchung*, Marburg: Metropolis-Verlag, 2011.

Piketty, Thomas (2013): *Le capital au XXIe siècle*. Paris: Seuil.

Polanyi, Karl (1979): *Ökonomie und Gesellschaft*. Suhrkamp: Frankfurt.

Polanyi, Karl (1977): *The livelihood of man*. New York NY u.a.: Acad. Press.

Polanyi, Karl (2011): *The great transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. 9. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp [Erstmals erschienen: 1944].

Reuter, Norbert (2010): Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung. In: Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (Hrsg.): *Postwachstumsgesellschaft*, Marburg: Metropolis, S. 85-102.

Rockström, Johan; Steffen, Will; Noone, Kevin u.a (2009): *Planetary Boundaries: Exploring the*

- Safe Operating Space for Humanity. In: *Ecology and Society* 14(2): 32-44 (2), S. Artikel Nr. 32.
- Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (2010): Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums. In: Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (Hrsg.): *Postwachstumsgesellschaft*, Marburg: Metropolis, S. 23-36.
- Sen, Amartya Kumar (2011 (1999)): *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. 5. Aufl. München: Dt. Taschenbuch-Verlag.
- Smith, Bren (2014): Don't Let Your Children Grow Up to Be Farmers. In: *New York Times*, 09.08.2014. http://www.nytimes.com/2014/08/10/opinion/sunday/dont-let-your-children-grow-up-to-be-farmers.html?_r=2. [23.08.2014]
- Scherhorn, Gerhard (2011): Die Marktwirtschaft passt doch nicht zur nachhaltigen Entwicklung. In: Holger Rogall u.a. (Hg.): *Jahrbuch Nachhaltige Ökonomie ... im Brennpunkt: 'Wachstum'*, Marburg: Metropolis, S. 239-249.
- Streeck, Wolfgang (2013): *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Thie, Hans (2013): *Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft*, Hamburg: VSA-Verlag.
- Vallat, David (2011): Les finances solidaires. In: Jean-Louis Laville (Hg.): *L'économie solidaire*. Paris: CNRS-Editions, S. 67-79.
- Voß, Elisabeth (2010): *Wegweiser Solidarische Ökonomie*, Ulm: AK Spak Bücher.
- Wilkinson, Richard G.; Pickett, Kate (2010): *The spirit level. Why equality is better for everyone*, London, New York: Penguin Books.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen WBGU (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten*, Berlin. http://www.wbgu.de/fileadmin/templates/dateien/veroeffentlichungen/hauptgutachten/jg2011/wbgu_jg2011.pdf, [09.03.12].
- Wright, Eric Owen (2010): *Envisioning Real Existing Utopias*, London / New York: Verso.
- Zald, Mayer; Ash, Roberta (1966): Social Movement Organizations: Growth, Decay and Change. In: *Social Forces* 44 (3), S. 327-341.